

den eigenen Reihen gefordert, um das Eigentum, welches im rechten Selbstverständnis auch die Frau umfasst, zu schützen.²⁴ Was also beim einen als Triebhaftigkeit unterstellt wird, wird beim anderen unter Wehrhaftigkeit verbucht.²⁵

Dass das Patriarchat auch in den eigenen Reihen großen Schaden anrichtet und bereits tausende Frauenleben gekostet hat – und mit einem Blick auf aktuelle politische Entwicklungen auch weiterhin kosten wird – wird nicht einmal angedacht. Vielmehr beruft man sich auf eine Verlagerung von männlichen Gewaltstrukturen ins Ausland und andere „Kulturkreise“.²⁶ *Unsere Frauen in eurem Patriarchat*. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Sorge um Frauen – also zumindest mal um die, die weiß, christlich und cis- und heterosexuell sind – reproduziert die Rechte antifeministisches, vor allem rassistisches Denken und Stereotypen par excellence.

Statt dem von rechten Stimmen postulierten Schutz für Frauen, verstecken sich dahinter die gleichen Besitz- und Erhabenheitsansprüche, die dem *anderen* vorgeworfen werden, während (deutsche) Frauen zu hilflosen Opfern degradiert werden, die auf das Wohlwollen weißer europäischer Männer angewiesen seien. Im Rahmen dieser Debatte reichen sich Rassismus und Antifeminismus auf allerfeinste Art die Hand, um all das zu beanstanden, was ein intersektionaler Feminismus für alle Menschen versucht zu erreichen: Ein gleichberechtigtes Leben in Sicherheit, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht.

24 Mirani (Fn. 8), S. 29.

25 Ebd.

26 Vgl. zum Begriff „Kulturkreis“ die Übermedien-Kolumne von Eric Anton Heuser, 11.11.2016, online: <https://uebermedien.de/9357/hasswort-kulturkreis-eric-anton-heuser/> (Zugriff: 10.04.2024)

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-66

Für reflektierte Diskurse – Wie sprechen wir in Deutschland über den 7. Oktober 2023 und den Krieg in Gaza? Wessen Stimme wird gehört? Wessen Perspektive bleibt unsichtbar?

Alexandra Krioukov

Jurastudentin in Berlin und Vorstandsmitglied der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)

Wie reden wir?

Beim Schreiben dieses Beitrages viel es mir schwer, meinen Emotionen einen Raum zu lassen. Ich betone die Wichtigkeit von faktenbasierten Diskursen und doch kann ich nicht verneinen, dass ich als Jüdin in diesen Diskursen mit einer bestimmten Positionierung und Haltung auftrete, die teils auch emotionaler Natur sind. Mit der Zeit gestand ich die Legitimität von Emotionen in Diskursräumen ein, solange ich diese reflektiere. Dieser Beitrag ist aus meiner Perspektive geschrieben, er beschreibt meine Wahrnehmung des Diskurses in Deutschland (und zum Teil darüber hinaus) über die Zeit seit dem 7. Oktober. Daher will ich allem voran setzen, dass es für uns als Teilnehmende eines Diskursraumes, als Mitglieder der Gesellschaft, zuallererst Aufgabe ist, unsere Sprechrollen zu reflektieren. *Adorno* und *Horkheimer* kritisierten am Antisemitismus nicht primär das Vorhandensein einer Projektion auf die Juden, sondern viel mehr die fehlende Reflexion dieser.

Um also hier einmal meine Sprechrollen zu reflektieren: Ich bin wütend über den Verlauf des gesellschaftlichen Diskurses und zu Teilen verzweifelt. Darüber hinaus weiß ich, dass es vielen meiner jüdischen Freund*innen und Bekannten und auch nach meiner Wahrnehmung, der jüdischen Community insgesamt ähnlich geht.

Wer redet?

In einer meiner ersten Vorlesungen des Jurastudiums fragte mein Professor, wofür es juristische Begrifflichkeiten und Linguistik gäbe. Seine Antwort war ambivalent. Einerseits wäre Fachjargon notwendig, um die Mittel zu haben, komplexe Sachverhalte adäquat beschreiben und besprechen zu können. Sein zweiter Punkt war interessanter, kritischer und zumindest teilweise als Witz getarnt. Fachsprache würde nämlich auch Laien – das ist juristischer Jargon für Nicht-Jurist*innen – außen vor lassen. Damit ermögliche sie einen Diskurs, der nur von Menschen geführt wird, die sich gut genug mit dem Thema auskennen und sie steigern zugleich die Notwendigkeit von Jurist*innen.

Ich selbst sah im Studium später einen Mehrwert darin, Begriffe und Definitionen zu haben, klare Zuordnungen und akkurate Worte für bestimmte Sachverhalte. Auch wurde klar, dass diese Gespräche inhaltlich nur mit Menschen geführt werden können, die über dasselbe Grundverständnis verfügen. Umso klarer wurde aber auch, wie schwierig es ist, diese Gedanken dann nach außen zu erklären. Grundlagen zu legen füllt ein Gespräch so sehr, dass man kaum noch über den Inhalt diskutieren kann. Jura ist ein gutes Beispiel für einen abgekapselten Diskursraum, aber nicht das einzige. Themengebiete werden spezifischer, entwickeln Fachjargon und werden exklusiver. Und das obwohl sie teilweise – wie Jura und Recht – alle betreffen.

Darin sehe ich kein Problem. Es ist völlig in Ordnung und gewollt, dass bestimmte Diskursräume für die breite Öffentlichkeit

geschlossen bleiben. Gesellschaftlich streben wir dennoch nach dem Öffnen möglichst vieler Diskursräume. Kriege und Konflikte stehen zur Debatte, als wären sie ein Gespräch über das Wetter.

Und das überrascht nicht. Bleiben wir beim rechtlichen Diskurs sehen wir, dass Menschen rechtliche Begriffe auch in Unkenntnis verwenden. Sie mischen sich in juristische Diskurse ein, nur eben ohne ausreichende Grundlage, ohne Wissen und mit teils unter komplexen Schlüssen.

Und daran ist nichts per se verwerflich. Bis heute verwechseln Laien Mord und Totschlag oder Eigentum und Besitz. Na und? Es herrscht ein allgemeines Verständnis vom Rechtssystem als komplex und selbst wenn Menschen der Meinung sind, es besser zu wissen, sind sie nicht diejenigen, die, Recht sprechen, vor Gericht plädieren oder Rechtsberatung anbieten. Sie richten keinen Schaden an (außer etwa die gravierende Verfestigung des Missverständnisses, Totschlag sei im Affekt und Mord nicht).

Wenn Gesellschaft sich für etwas interessiert, dann redet sie darüber – auch wenn die Menschen die Fakten nicht kennen oder nicht gänzlich verstehen. Dann bilden sie sich aufgrund fehlender Fakten schwache Meinungen.

Ich frage mich daher nicht wirklich, wieso Fachbegriffe wie Genozid oder Apartheid seit Monaten wie Konfetti um sich geworfen werden. Wieso Menschen nicht den Unterschied zwischen *Cease Fire* und *Conditional Cease Fire* kennen. Ich verstehe es – die Geschehnisse im Nahen Osten sind relevant, also reden Leute darüber. Aber ihnen fehlen Fakten, Wissen und die Bereitschaft, sich zeitaufwendig zu belesen, also reden sie unterkomplex und verkürzt. Polemisch: Sie reden falsch.

Wofür mir Verständnis fehlt: Wieso hört eine Anerkennung von Komplexität auf, wenn es um die letzten Monate geht? Menschen sehen anders als bei Jura/Recht nicht ein, dass sie nicht den ganzen Diskurs durchdringen.

Im Gegensatz zum Juristischen gibt es hier daneben auch keine feste, überwachende Struktur. Der öffentliche Diskursraum ist offen und unkontrolliert. Es gibt keine Richter*innen und kein Vorbringen vor Gericht. Wir alle prägen den öffentlichen Diskurs. Wenn wir es hier zulassen, dass Worte wie Genozid und Apartheid falsch verwendet und missbraucht werden, dann wird kein Gericht diese falsche Auffassung des Sachverhaltes klarstellen. Er wird sich weiter und weiter verbreiten. Jüdinnen und Juden sind die Leidtragenden: Statt in einer der schwersten Zeiten zu trauern, lastet die Richtigstellung und Bildungsarbeit auf ihren Schultern. Denn die Projektionen des Bösen auf Zionist*innen, auf Israel, ist letztlich eine verklausulierte Projektion auf Jüdinnen und Juden. Diese Projektion anti-jüdischer Ressentiments befeuert eine gefährliche Dynamik immer weiter, wie wir es gerade beobachten können. Diese Auswirkungen sind für Jüdinnen*Juden in Deutschland spürbar, ganz egal, wie sie persönlich zur Politik Israels stehen. Das ist Antisemitismus.

Und hier noch einmal ganz klar: Mitgefühl für die Menschen in Gaza, welches ich (natürlich) auch zutiefst empfinde, als ein emotionaler Redebeitrag, ist etwas anderes als die daraus resultierenden politischen und militärischen Einschätzungen und Forderungen. Was meiner Erfahrung nach verkürzt und oft uninformativ geschieht.

Der Diskursraum zur aktuellen Situation ist außer Kontrolle geraten. Das fehlende Bewusstsein von Komplexität und die Tatsache, dass ein falscher Diskurs in diesem Fall reale Auswirkungen hat, macht dies so viel gefährlicher, als wenn Menschen bloß juristische Begriffe verwechseln.

Deswegen haben wir bei so hoch emotionalisierten Themen alle eine Verantwortung. Diese Verantwortung kann man meiner Meinung nach mit der vergleichen, welche Richter*innen im Gericht haben. Damit meine ich, wir alle müssen Diskursen kritisch begegnen und darauf achten, dass sie nicht aufgrund von Emotionalität oberflächlich und falsch geführt werden. Dafür, dass ihre Komplexität anerkannt wird. Wir alle sind verantwortlich für unseren gemeinsamen Diskurs und für die Frage, ob er konstruktiv oder destruktiv ist. Und wir alle müssen hinhören und darauf aufmerksam machen, wenn Fakten, wenn ganze Opfergruppen, völlig vergessen und ignoriert werden.

Der gesellschaftliche Diskurs kann, weil er eben nicht den scharfen Regeln eines Gerichts unterworfen ist, so kreativ, vielfältig und produktiv sein – und gleichzeitig kann diese völlige Freiheit sein Verkommen bedeuten.

Wer redet nicht?

Gleichzeitig gibt es Diskursräume, die wir als Gesellschaft nicht öffnen. Damit sagen wir: Dieses Thema ist nicht relevant genug und es verdient unsere Aufmerksamkeit nicht. Menschen im Internet sind so laut. Proteste schreien einander nieder. Und doch hört man außerhalb der jüdischen Blase, kaum Rufe nach der Freilassung der Geiseln. Es scheint keine ausreichende Relevanz einzunehmen. Im schlimmsten Fall werden die seit über sechs Monaten entführten Geiseln mit den Insassen in israelischen Gefängnissen gleichgesetzt. Eine neue Ebene der Täter-Opfer-Umkehr ist damit erreicht.

Das schärfste und für jüdische Frauen schmerzhafteste Beispiel hierbei ist das Schweigen in intersektionalen feministischen Räumen in Reaktion auf die Vergewaltigung israelischer Frauen durch Hamas-Terroristen, allen voran und mit Symbolcharakter, das Schweigen von UN Women.

„We are the global champion for gender equality. UN Women is the UN organization delivering programmes, policies and standards that uphold women’s human rights and ensure that every woman and girl lives up to her full potential“ heißt es auf ihrer Website. „The Global Champion for Women’s Human Rights“ hat fast zwei Monate gebraucht, um sich zu der beispiellosen sexualisierten Gewalt, welche jüdische und israelische Frauen am und seit dem 7. Oktober erfahren haben, zu äußern. Taten, die gerade aufgrund ihrer Strahlwirkung in die Welt, ihrer Wirkung auf Jüdinnen weltweit, begangen, in Video und Bild dokumentiert und über Social Media für Propaganda verwendet wurden. Eine weltweit repräsentative Frauenrechtsorganisation reagierte mit fast 8 Wochen des Schweigens. 8 Wochen, in denen vor allem die Verachtung und der Hass der Hamas gegenüber Jüdinnen im Raum stand. Dann: Ein Post, der die Brutalitäten der Hamas verurteilte und zur bedingungslosen Befreiung der Geiseln aufrief, der nach wenigen Minuten wieder gelöscht wurde. Stattdessen wurde die Befreiung der Geiseln gefordert,

ohne die Verurteilung der Hamas-Taten. Es folgte eine schwache Forderung nach Untersuchungen der „Berichte“ geschlechter-spezifischer Gewalt.

Nach erheblichem Druck und Gesprächen mit jüdischen Organisationen kam es dann nach fast zwei Monaten am 2. Dezember zu einer Verurteilung dieser Taten. Als jüdische Frau frage ich mich, wie viel diese noch Wert war, wenn das Schweigen längst bewiesen hat, dass „Believe all Women“ nicht gilt, wenn es um Jüdinnen und Israelis geht. Der Hashtag „MeTooUNles-sURaJew“ hat sich zu dem Zeitpunkt bereits fest in die Köpfe jüdischer Frauen weltweit gebrannt. Bereits Tage nach dem 7. Oktober lieferten Videos, Obduktionsbefunde und Berichte reichlich Beweisgrundlage für die unbeschreiblichen Taten. Aber anstatt zu trauern, mussten jüdische Frauen beweisen, dass diese Realität real ist. Eine Realität, die nicht angezweifelt worden wäre, wäre sie nicht israelisch, nicht jüdisch. Jüdische Frauen sahen seit Oktober, wie die Erfahrung von missbrauchten und ermordeten Frauen selbst in ihren Tod hinein geleugnet worden war, wie gebrochene Beckenknochen nicht genug waren für die Welt, um kollektiv anzuerkennen, was sich vor ihren Augen abgespielt hatte.

@yiddishfeminist postete im November: „Intersectional feminism died on Oct 7th.“ Ich glaube nicht, dass das Konzept des intersektionalen Feminismus gestorben ist. Und doch bin ich davon überzeugt, dass er den 7. Oktober in der Praxis nicht überlebt hat. Intersektionalität muss neu verhandelt werden. Ohne Jüdinnen und Juden existiert sie genauso wenig wie ohne die Anerkennung einer anderen Betroffenen-Gruppe. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass intersektionale Räume auch dem zum Opfer fallen, gegen das sie versuchen anzukämpfen. Es ist ein unreflektiertes Privileg, sich für das Schweigen zu entscheiden. Feministische intersektionale Räume wurden zur Dominanzgesellschaft gegenüber Jüdinnen, indem sie ihre Erfahrungen anzweifeln und praktisch für irrelevant erklärten. Weil irgendwo in den Köpfen der Menschen antisemitische Denkmuster zu stecken scheinen, denen zufolge Juden und Jüdinnen als mächtig, manipulativ und nicht vertrauenswürdig gelten. Der „Instinkt“, Jüdinnen anzuzweifeln, scheint stärker als das feministische Bekenntnis, Frauen zu glauben. Weil eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wurde und Opferkonkurrenzen konstruiert wurden. Dieser internalisierte Antisemitismus zieht sich durch mehrere Diskurse, welche Juden und Jüdinnen als Betroffene strukturell übergehen. So zum Beispiel postkoloniale Kreise, die auf den einzigen jüdischen Staat Israel alles zu Verachtende projizieren und ihn mit Kolonialmächten gleichsetzen, anstatt jüdische Menschen in einen Diskurs aufzunehmen, in den sie als ein seit Jahrtausenden aus ihrem Heimatland vertriebenes und im Exil lebendes Volk definitiv gehören.

Dieses Außenvorlassen von Juden und Jüdinnen aus Diskursen mündet in einem Aberkennen der jüdischen Selbstbestimmung. Im nächsten Schritt wird Jüdinnen und Juden die Deutungshoheit über Antisemitismus aberkannt. Meine Freund*innen und ich sehen seit Monaten, wie unseren Versuchen, selbstbestimmt zu sagen: Hier ist eine Grenze erreicht, die wir als Betroffene

setzen, mit Schuldabwehr begegnet wird, mit dem Gegenwurf, nicht aufgeklärt, nicht links, nicht antikapitalistisch oder antikolonialistisch oder feministisch genug zu sein. Schnell steht der Vorwurf im Raum, Jüdinnen und Juden seien rechts. Erneut eine absurde Täter-Opfer-Umkehr. Denn es fühlt sich an, als wöge der Akt des Vorwurfs von Antisemitismus fast mehr als der vorgeworfene Antisemitismus. Es ist leichter zu legitimieren, wieso jüdische Menschen nicht in Diskurse gehören, als zu reflektieren, wieso man sie nicht da haben möchte.

Wann man schweigt.

Um alles noch schwieriger zu machen: Auch das Öffnen von Diskursräumen wo es keiner Bedarf ist fatal, denn es verleiht bestimmten Themen eine Bedeutung, welche sie nicht verdient haben. Man sieht es so markant an den Themen der AfD, die durch den bloßen Einlass in den Diskurs salonfähig werden. Oder man sieht es, wo Minderheiten gegeneinander ausgespielt werden, wenn zum Beispiel pauschal eine Bevölkerungsgruppe für antisemitische Tendenzen verantwortlich gemacht wird, mit dem Ziel, diese zu delegitimieren. Wenn also die Philosophin *Judith Butler* Fragen aufwirft, wie die, ob der 7. Oktober richtig oder falsch war, dann gilt es natürlich dies abzulehnen. Und das Aufwerfen der Frage selbst ist zu verurteilen. So wie man eine Klage ablehnen kann, ohne auf die Begründung einzugehen. Es bedarf keines Kontextes für die Gewalt des 7. Oktober. Es bedarf keines Kontextes für die mit Worten nicht beschreibbaren, gut dokumentierten Vergewaltigungen und Verstümmelungen durch die Hamas und ihre Unterstützenden, die sie anzuzweifeln versucht. Jeder Versuch, das zu kontextualisieren, würde der Kontextualisierung selbst einen Wert beimessen, den sie nicht haben darf.

Reden pflegen.

Gerade wir als Jurist*innen, die sich Wörtern und ihrer Deutung verschreiben, können und dürfen nicht Diskurse fördern, in denen die Bedeutung von Worten verkommt. Ich als Jüdin bin es leid, einen Diskurs, in dem wir das Recht haben, emotionalisiert zu sein, möglichst sachlich führen zu müssen, weil es meiner Wahrnehmung nach kaum jemand tut. Aber wenn wir nicht sachlich, argumentativ dagegenhalten, tut es niemand für uns. Weil es so scheint, als wäre Komplexität für die meisten weniger wert als Slogans, die gut auf Insta-Kacheln passen. Weil es wichtiger ist, sich schnell zu positionieren, als sich fundiert zu positionieren. Mir ist bewusst, dass ich durchweg Positionierung und die Pflege gesellschaftlichen Diskurses fordere, und doch: Wenn einem das nicht möglich ist, dann doch bitte die Einsicht, dass man sich auch raushalten kann, darf, sogar muss. Schlimmer als kein Beitrag ist immer ein unreflektierter und uninformativer. Wir sind müde, Einseitigkeiten zu bekämpfen und doch ist der Kampf gegen falsche Projektionen für uns auch ein Existenzieller.

Es braucht eine klare Erkenntnis dessen, dass der gesellschaftliche Diskurs die Realität prägt. Und weiterhin, dass wir alle für diesen Diskurs Verantwortung übernehmen. Jede*r von uns trägt Verantwortung, wenn wir unbedacht in ihn einspeisen, genauso wie wenn wir ihn unreflektiert aufnehmen. Es liegt an uns, ihn

zu pflegen und funktionsfähig zu halten. Leider ist der Diskurs, wie er sich in den letzten Monaten, auch in seiner Aggressivität und Kompromisslosigkeit zeigt, nicht hoffnungsschöpfend. Von Jüdinnen und Juden um mich herum und mir selbst nehme ich eine zunehmende Verunsicherung wahr, inwieweit aktuelle Gesprächsräume noch zu retten sind. Ob wir Diskursräume haben oder nicht und wie wir sie pflegen, all das ist ein Zeugnis unserer Prioritäten und unserer intellektuellen Fähigkeiten als Gesellschaft. Und wenn wir als Individuen Diskursräume nicht belegen, überlassen wir anderen das Setzen dieser Prioritäten, die Deutungshoheit von Sachverhalten. Das können wir uns nicht leisten. Anders als im juristischen Kontext gibt es nämlich

keine Richter*in, die aufpasst, ob das Vorgetragene so korrekt und das Ergebnis gerecht ist.

Dabei geht es hier nicht um weniger als vor Gericht. Im gesellschaftlichen Dialog geht es um die Deutungshoheit der Realität und damit um ihre Weiterentwicklung. Manchmal fehlen einem die Worte. Ich wäre gerne schriftlich ausgeschweifert, denn es fühlt sich vieles untertrieben und unterkomplex an. Aber es fehlt die Sprache, um adäquat über solch eine Art der Gewalt und Verzerrung von Realität zu reden, und doch können wir nicht anders als zu reden – und dieses Paradoxon muss am Ende stehen. Am Ende eines Textes, dessen Appell es ist, zu retten, was beinahe verloren geglaubt: Wir müssen reflektiert reden.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-69

Dear Brittany

...über den Antifeminismus in Österreich und die Frage, ob der Verlust des traditionellen Frauenbildes die moderne Frau wirklich einsam und unglücklich macht

von Alexa Pia Stettner

Rechtsanwältin in Bonn und Mitglied der djB-Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht

Grüß Gott Brittany,

da Dein Ehemann Martin Sellner sicherlich beim nächsten Besuch in Potsdam eine spezifische Einreiseverweigerung für Deutschland erhält und du vermutlich ohne sein Einverständnis nicht verreisen darfst, können wir uns leider nicht persönlich treffen. Gerne hätte ich mit Dir über Sinn und Unsinn des von Deinem Ehemann im November 2023 in Potsdam vorgestellten „Masterplan für die Remigration“ diskutiert oder von Dir erfahren, warum Du den wissenschaftlich belegten Gender Pay Gap als Mythos bezeichnest, Angst vor dem „großen Austausch“ hast und Feministinnen als Männerhasserinnen beschimpfst. Als Dein Ehemann 1989 in Wien und Du 1991 in Kalifornien zur Welt kamen, war ich bereits an einem Gymnasium und begeisterte mich insbesondere für das Fach Geschichte.

Gerne folge ich hier dem Prozedere Deines Ehemannes auf seiner Homepage und stelle ich mich zunächst vor: Mein Name ist Alexa Pia Stettner. Ich bin eine demokratische Juristin und liberale Feministin und setze mich für das Selbstverwirklichungsrecht aller Menschen ein, unabhängig von Geschlecht, Identität und Kultur. Deswegen mag mich der rassistische Mainstream nicht. In diesem Brief erfährst Du, warum weder ich noch meine Freundinnen aus Potsdam und der ganzen Welt etwas gegen Männer haben und warum wir Dir und Deinem Mann Martin Sellner nicht dabei helfen werden, die Demokratie anzugreifen.

Es war einmal...

Vor einiger Zeit lebte Gertrud Scholtz-Klink.¹ Sie war Mutter von fünf Kindern und gleichzeitig eine wichtige Führungsperson für ihren obersten Chef Adolf Hitler. Wie sie damals ihr berufliches Leben mit ihrem Familienleben und ihren Pflichten als Mutter und Ehefrau vereinbarte, wissen wir leider nicht. Eigentlich war es in dieser dunklen Zeit nicht (mehr) gewünscht, dass Mütter auch arbeiten und beruflich eigenständig waren. Damals durften die Ehemänner ihren Ehefrauen in Deutschland noch verbieten, einen Beruf auszuüben, außerdem hatten sie die Entscheidungsmacht über alle Belange der Kinder. Dir wird gefallen, dass sie Ziele der damaligen Frauenbewegung, die die Frau als gleichberechtigte Staatsbürgerin etablieren wollten, ablehnte und lieber eine neue Frauenbewegung bilden wollte, die die Mutterschaft als Hauptaufgabe der Frauen ansah. Eine Frauenbewegung also, in der sich Frauen im Kreise von Frauen mit Frauenthemen beschäftigen sollten und sich nicht die rechtliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung anmaßen sollten. Eine Frauenbewegung, in der die Unterschiede zwischen Mann und Frau anerkannt und eine Ordnung akzeptiert wird, in der Männer die allgemeinen Entscheidungen treffen und Frauen diese lediglich ausführen bzw. im „weiblichen Bereich“ umsetzen. Die politische Partizipation der Frauen sah Gertrud im Bereich Familie,

1 Hertrampf, Susanne: Gertrud Scholtz-Klink, Bundeszentrale für politische Bildung v. 09.01.2009, online: <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35323/gertrud-scholtz-klink/> (Zugriff: 16.3.2024).